Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Peinlich: Trump-Regierung schwächt eigene Maduro-Anklage heimlich ab
2. US-Aggression gegen Venezuela: Erst Blut, dann Öl
3. USA ziehen Unterschrift zu Ukraine-Garantien zurück
4. Deutschland auf dem Weg in den Kriegsstaat
5. Grönlands Zukunft: USA kündigen Gespräch mit Dänemark an
6. Der Merz-Brief und die geplante Mainzer Erklärung der CDU besiegeln Deutschlands wirtschaftlichen Untergang
7. Er habe Jobs geschaffen, sagt Schawinski
8. Die Rückkehr der Reichsacht
9. Der Weg der Kfz-Branche in den Niedergang
10. Datenschutzskandal: EU will USA intimste Daten von Bürgern bereitstellen
11. Massiver Stromausfall in Berlin: “Das ist Schwachsinn”
12. Die Flaschensammler der Nation
13. Warum die Zerschlagung der öffentlichen Wärmeversorgung keine „Wärmewende“ ist: Kalte Privatisierung
14. Über Krankenhausreformen und warum Kliniken in Deutschland sterben
15. Der wahre Grund für Selbstmorde im Militär
16. Weltweit zum ersten Mal mehr Fettleibige als Untergewichtige
17. ICE-Agent erschießt Autofahrerin in Minneapolis

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Peinlich: Trump-Regierung schwächt eigene Maduro-Anklage heimlich ab**
   Die USA korrigierten ihre Anklage heimlich – doch Rubio sprach weiter vom "Kartell-Boss". Die Widersprüche sind brisant.
   "Der Anführer des Cartel de los Soles", so bezeichnete US-Außenminister Marco Rubio Nicolás Maduro noch am Tag nach dessen Entführung durch US-Spezialeinheiten. Diese kriminelle Vereinigung soll Drogen im großen Stil in die USA geschmuggelt haben.
   Auch der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags, Armin Laschet (CDU), bezichtigte Maduro des "kriminellen Drogenterrorismus gegen die USA" – und begrüßte die US-Aktion gegen ihn. Sie habe die Welt angeblich sicherer gemacht.
   Doch in der Anklageschrift, die nur Stunden vor Rubios Aussage veröffentlicht worden war, stand etwas ganz anderes: Das vermeintliche Kartell sei gar kein Kartell mehr, sondern ein "Patronagesystem" – eine Kultur der Korruption, kein Boss an der Spitze einer Pyramide.
   Quelle: Telepolis
2. **US-Aggression gegen Venezuela: Erst Blut, dann Öl**
   US-Militär kapert venezolanischen Öltanker im Nordatlantik. Trump erpresst Caracas und zwingt dem Land Rohstoffdeal auf
   Die Jagd auf venezolanische Öltanker reicht bis in den Nordatlantik: Am Mittwoch hat das US-Militär ein unter russischer Flagge fahrendes Schiff aus dem lateinamerikanischen Land in isländischen Gewässern gekapert. »Die Blockade von sanktioniertem und illegalem venezolanischem Öl bleibt in voller Wirkung – überall auf der Welt«, kommentierte US-Kriegsminister Pete Hegseth das Entern der »Bella/Marinera« auf X. Das russische Verkehrsministerium reagierte umgehend: »Kein Staat hat das Recht, Gewalt gegen Schiffe anzuwenden, die ordnungsgemäß in den Hoheitsgebieten anderer Staaten registriert sind.« Moskau hatte am Mittwoch morgen dem Wall Street Journal zufolge Marineeinheiten zu dem Tanker entsandt, um ihn zu eskortieren – wohl vergeblich.
   Quelle: junge Welt

   dazu auch: **Kampf zwischen US-Hegemonie und „Multipolarismus" nicht entschieden – Rückschlag in Venezuela: Hauptgefahr USA**
   Der US-Angriff auf Venezuela und Maduros Kidnapping lösen Abscheu und Wut aus. Nicht bei allen Staatsoberhäuptern und EU-Eliten. Einige leisten seit Jahren Beihilfe zum Regime Change in Venezuela – zuletzt mit dem Friedensnobelpreis – und verbergen ihre Freude nur mühsam. Flugs basteln die Medien Narrative, um das offizielle Feindbild von EU und NATO zu bestärken. „Die Putinisierung der US-Außenpolitik ist in Venezuela angekommen", titelt der britische „Guardian". Frau

Navidi meint auf ntv: Der Caracas-Angriff „war sicher mit Putin abgesprochen.“ (3. Januar 2026) Real gibt es keine Neuaufteilung der Welt durch rivalisierende Imperialismen wie vor 1914. Die „Weltunordnung“ geht heute vom absteigenden US-Imperialismus aus, der seine Macht mit Gewalt konsolidieren will.
Quelle: unsere zeit

und: **Es gibt kein Völkerrecht mehr, nur noch das Recht des Stärkeren**
Das Völkerrecht ist schon lange tot, trotzdem reden noch alle davon und deutsche Medien echauffieren sich darüber, dass Trump oder auch Putin in Einflusssphären denken würden, dabei tun auch Deutschland und die EU nichts anderes. Es ist Zeit, für einen realistischen Blick auf die Weltpolitik. (…)
Europa ist endgültig zum Spielball der Großmächte geworden, so, wie Europa selbst während der Kolonialzeit mit anderen Regionen der Welt gespielt hat. Dass die in Europa regierenden Politiker das nicht wahrhaben wollen, amüsiert den Rest der Welt nur noch. Aber die europäischen Medien vermitteln immer noch den Eindruck, Europa sei, wie man es in den letzten 500 Jahren gewöhnt war, der Nabel der Welt.
Dass das nicht so ist, werden europäische Medien und Politiker wohl erst nach einem sehr schmerzhaften Aufwachprozess bemerken, während die Welt sich längst weiter gedreht hat.
Für die Zukunft Europas bedeutet das leider nichts Gutes.
Quelle: Anti-Spiegel

3. **USA ziehen Unterschrift zu Ukraine-Garantien zurück**
   Rückschlag für die neue “Paris Declaration” zu möglichen Sicherheitsgarantien für die Ukraine: Die USA haben ihre Unterschrift zurückgezogen, wie “Le Monde” meldet. Die Amerikaner seien ohnehin nicht offizieller Partner gewesen, heißt es dazu im Pariser Elysée-Palast. Man habe aber alle Details mit den US-Vertretern abgesprochen. Allerdings fehlt in der Schlusserklärung ein entsprechender Passus. Dort ist nur noch von einem “proposed support of the US” die Rede.
   “Wir gehen davon aus, dass die Zusagen der USA stark sind”, sagte demgegenüber Regierungssprecher Kornelius in Berlin nach dem Treffen der sogenannten Koalition der Willigen in Paris. Die USA seien zu einer substanziellen Unterstützung von Sicherheitsgarantien bereit.
   Allerdings ist weiter unklar, wie diese Garantien aussehen sollen. Er habe “keine klare Antwort” erhalten, wie die “Willigen” auf einen russischen Angriff reagieren würden, klagt Präsident Selenskyj, ebenfalls laut “Le Monde”.
   Quelle: Lost in Europe
4. **Deutschland auf dem Weg in den Kriegsstaat**

Wie die entfesselte Militarisierung zum Schlüsselprojekt Deutschlands und der Europäischen Union in der Polykrise wurde
Die Europäische Union, Großbritannien und andere europäische NATO-Mitglieder haben einen Weg der massiven Militarisierung eingeschlagen, der in seiner Geschwindigkeit und seinem Umfang seit dem Zweiten Weltkrieg beispiellos ist. Die in allen NATO-Staaten außer Spanien angestrebten fünf Prozent des BIP für das Militär würden in Deutschland etwa 50 Prozent des Bundeshaushaltes entsprechen. Wenn die Staaten diese Verpflichtungen tatsächlich umsetzen würden, müssten sie die Ausgaben für Sozialleistungen, Bildung und Gesundheitsversorgung drastisch kürzen und gleichzeitig ihre Staatsdefizite erhöhen. Die Financial Times fasste die Agenda in einer Schlagzeile vom März 2025 zusammen: „Europa muss seinen Sozialstaat kürzen, um einen Kriegsstaat aufzubauen“. Mit anderen Worten: Die geplante Militarisierung ist Klassenkampf von oben. Obwohl die Regierungen ihre Verpflichtungen etwas abgeschwächt haben und erklären, dass nur 3,5 Prozent direkt in das Militär fließen sollen, während 1,5 Prozent für die Modernisierung der Infrastruktur für militärische Zwecke vorgesehen sind, wären selbst 35 Prozent der nationalen Haushalte immer noch ein schwerer Schlag für das europäische Sozialstaatsmodell, das durch Jahrzehnte neoliberaler Politik ohnehin schwer angeschlagen ist.
Quelle: Fabian Scheidler

dazu auch: **„Hält sich für Ludwig XIV.“: BSW-Chef De Masi geht gegen von der Leyen vor Gericht**
BSW-Chef Fabio De Masi zieht vor den EuGH – Grund ist die nach seiner Ansicht unzureichende Auskunft von der Leyens über ihre Kontakte zu Rüstungskonzernen.
Der Europaabgeordnete und BSW-Chef Fabio De Masi zieht im Streit mit EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vor den Europäischen Gerichtshof. Von der Leyen habe nach De Masis Sicht nur unzureichende Auskunft über ihre Kontakte zu Rüstungskonzernen erteilt, berichtete die Deutsche Presseagentur unter Berufung auf die Klageschrift, die ihr nach eigenen Angaben vorliegt.
Ziel sei, „ein Präzedenzurteil für die Rechte des EU-Parlaments zu erstreiten“, erklärte De Masi demnach. Er beruft sich dabei als Europaabgeordneter auf Informationsrechte zur demokratischen Kontrolle der EU-Kommission. Von der Leyen habe ihre in den EU-Verträgen vorgesehene Pflicht verletzt, Anfragen aus dem Parlament zu beantworten, heißt es in der Klageschrift.
Quelle: Berliner Zeitung

Anmerkung unserer Leserin S.B.: *Es wäre auch im Sinn der Transparenz, dass wir Bürger wissen, wer/wie mit der Rüstungsindustrie verbandelt ist. De Masi hat schon in*

früheren Statements gefordert, dass Politiker nachweisen müssten, wie viele Aktien sie bei Rüstungsfirmen halten. Und in welchem Maße daher die Rüstungslobby politische Entscheidungen zu ihren Gunsten durchsetzt.

und: **Warum Gewerkschaften Teil der Friedensbewegung sein müssen: Höhere Löhne nur ohne Aufrüstung**
Das Jahr 2026 begann mit einem Kriegseinsatz. In der Nacht vom 2. auf den 3. Januar überfielen die USA völkerrechtswidrig und unprovoziert den Karibikstaat Venezuela. Trump will sich die Erdölressourcen des Landes zu eigen machen und den wachsenden Einfluss Chinas in Venezuela zurückdrängen. Es ist gut, dass noch am selben Abend Menschen in vielen Städten auf die Straße gingen und protestierten. Gut ist auch, dass sich die Gewerkschaften zu Wort meldeten, um den Völkerrechtsbruch zu kritisieren. Vom Internationalen Gewerkschaftsbund (ITUC) über den Europäischen Gewerkschaftsbund (ETUC) bis hin zu einer ganzen Reihe nationaler Gewerkschaftsföderationen in den USA, Belgien oder Frankreich stellten sie sich an die Seite der Menschen in Venezuela.
Quelle: unsere zeit

5. **Grönlands Zukunft: USA kündigen Gespräch mit Dänemark an**
   Die US-Regierung rückt von ihrem Besitzanspruch auf Grönland nicht ab. Erörtert werden anhaltend zwei Optionen: Aus dem Weißen Haus hieß es am Mittwoch, dass ein Kauf des dänischen Hoheitsgebiets diskutiert werde, dennoch aber „alle Optionen auf dem Tisch“ lägen. Auch US-Außenminister Marco Rubio wollte einem militärischen Einsatz keine klare Absage erteilen, sondern wich der Frage danach aus. Jedenfalls solle es kommende Woche ein Treffen mit Regierungsvertretern Dänemarks geben – Details blieben aber unklar.
   Quelle: ORF
6. **Der Merz-Brief und die geplante Mainzer Erklärung der CDU besiegeln Deutschlands wirtschaftlichen Untergang**
   Friedrich Merz hat einen programmatischen Brief geschrieben. Er richtet an die Bundestagsabgeordneten der beiden die Regierung tragenden Parteien. Friedrich Merz erklärt darin erneut den europäischen Partnern den Wirtschaftskrieg, weil er über die Verbesserung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit und über die Absenkung der Arbeitskosten die deutsche Wirtschaft wieder in Gang bringen will.
   Quelle: Relevante Ökonomik
7. **Er habe Jobs geschaffen, sagt Schawinski**
   Unternehmer sehen sich gerne als Arbeitsbeschaffer. Doch dem liegt ein falsches Verständnis von Marktwirtschaft zugrunde.

Auch der Medienpionier Roger Schawinski ist nicht dagegen gefeit: Im Interview zu seinem neuen Buch wirft ihm die «Sonntagszeitung» vor, er lebe in seiner Villa in Anbetracht der Wohnungsnot auf zu grossem Fuss. Seine Antwort: «Wo soll ich denn hin? In ein Altersheim? Ich habe mir mein Haus erarbeitet und als Medienunternehmer für Hunderte von Menschen Arbeitsplätze geschaffen.»
Hat er das? Volkswirtschaftlich gesehen werden die Jobs von den Kunden geschaffen, nicht von den Unternehmern. Diese entscheiden letztlich nur darüber, wo gearbeitet wird. Wie viele Jobs dabei entstehen, hängt aber nur von der Kaufkraft der Kunden ab.
Quelle: Infosperber

8. **Die Rückkehr der Reichsacht**
   Europa agiert mittelalterlich, denn es ächtet Menschen hochoffiziell. Das Zukunftsprojekt EU etabliert eine Institution, die schon längst geächtet wurde.
   Im letzten Jahr hat eine alte Institution ihre Renaissance erlebt – und es war die Europäische Union (EU), die diese Entwicklung bewerkstelligt hat. Vorher existierte jene Institutiuon seit etwas mehr als zwei Jahrhunderten nicht mehr – doch bereits vorher fand sie schon keine Anwendung mehr. Die Rede ist von der Reichsacht, auch Reichsbann genannt. Dabei handelte es sich um eine Ächtung, die vom König bzw. vom Kaiser gegen Einzelpersonen und Städte ausgesprochen werden konnte. Die Ächtung stellte dabei eine sogenannte Fried- und Rechtloserklärung dar. Das bedeutete, dass das weltliche Oberhaupt in Misskredit geratene Personen zu einem rechtlosen Subjekt ernennen konnte – mit allen Konsequenzen. Wer in Misskredit geriet, entschied freilich er selbst, denn eine Gewaltenteilung im modernen Sinne kannte man noch nicht.
   Quelle: Roberto de Lapuente auf Overton Magazin

   dazu: **Das Versagen deutscher Mainstream-Medien beim Skandal um Jacques Baud: „Es gibt kein Recht auf Putin-Propaganda“**
   Quelle: NachDenkSeiten

9. **Der Weg der Kfz-Branche in den Niedergang**
   Industriekreise und Ökonomen üben scharfe Kritik am Ausstieg der EU aus dem Verbrenner-Aus im Jahr 2035. Die EU-Kommission hatte Mitte Dezember mitgeteilt, sie wolle die Vorschrift aufheben, dass Neuwagen ab 2035 kein CO2 mehr ausstoßen dürfen. Demnach muss der Ausstoß nicht um 100, sondern nur um 90 Prozent gesenkt werden; der komplette Umstieg auf Elektroautos muss also nicht vollzogen sein. Der Schritt wird von einem Maßnahmenpaket begleitet, das ein Mix aus Zugeständnissen an Autokonzerne, energieintensive Industrien und nationale Interessen ist. Bereits Ende 2025 warnten Experten, mit dem Ausstieg aus dem Verbrenner-Aus würden vielleicht kurzfristige Gewinne gesichert; in der Tat erzielen die deutschen Kfz-

Hersteller nach wie vor höhere Profite mit Verbrennern als mit Elektroautos. Allerdings fielen die Kfz-Konzerne aus der EU noch weiter gegenüber der E-Auto-Konkurrenz aus China zurück, wenn der Druck fehle. Aktuell weist ein Spezialist der Unternehmensberatung Oliver Wyman darauf hin, dass die deutschen Hersteller nach wie vor stark auf Diesel setzen. Das werde „zum echten Problem“, da sie „davon abgelenkt werden, wettbewerbsfähige Elektrofahrzeuge zu entwickeln“.
Quelle: German Foreign Policy

10. **Datenschutzskandal: EU will USA intimste Daten von Bürgern bereitstellen**
Nach Druck aus Washington will die EU biometrische Datenbanken für die USA öffnen. Andernfalls droht Europäern der Verlust der Visumfreiheit.
EU-Mitgliedsstaaten bereiten sich darauf vor, den USA Zugang zu sensiblen Bürgerdaten zu gewähren: Fingerabdrücke, Gesichtsscans sowie Informationen über politische Überzeugungen und religiöse Zugehörigkeit könnten künftig an amerikanische Behörden übermittelt werden. Washington hat die Forderung als Bedingung für die Beibehaltung der Visumfreiheit gestellt. Die europäischen Regierungen haben der Kommission bereits ein Verhandlungsmandat erteilt.
Quelle: Berliner Zeitung

Anmerkung unserer Leserin S.B.: *Und wieder einmal bestimmt die USA, und der Widerstand der EU bricht zusammen. Und sehr wahrscheinlich können wir auch als Privatpersonen nicht dagegen widersprechen. Es ist schon lange mit Aufwand verbunden, eine Genehmigung zum Flug in die USA muss ja schon Tage vorher beantragt werden. Bei der Einreise in die USA werden Fingerabdrücke genommen und die Iris gescannt. In der digitalen Welt auch mit KI kann man das Thema Datenschutz sowieso begraben. Ich empfehle hier den Film „Snowden“ von 2014, in dem wir schon darüber aufgeklärt wurden, dass die USA bei uns auf jede, auf wirklich jede Kamera, ob Überwachung oder PC, Zugriff hat, und auf vieles mehr. Und das war 2014, mittlerweile wurden die Überwachungssysteme 11 Jahre weiterentwickelt. Wir sind durchsichtig geworden.*

11. **Massiver Stromausfall in Berlin: “Das ist Schwachsinn”**
Politiker fordern nun, kritische Infrastruktur weniger transparent zu machen. Hilft das?
Nein. Die Frage darf nicht sein, ob potenzielle Täter etwas herausfinden können. Denn bei Naturereignissen, die zu einer Katastrophe führen können, hilft Geheimhaltung auch nicht. Wenn ein Sturm oder Hochwasser Leitungen beschädigt, ist Transparenz völlig irrelevant. Entscheidend ist allein, ob wir gut vorbereitet sind und schnell reagieren können. Die Forderung, Infrastrukturpläne geheim zu halten, ist

populistisch und lenkt vom eigentlichen Problem ab. Was wir brauchen, ist Resilienz: funktionierende Krisenstäbe, Notfallpläne, Ersatzstromversorgung, schnelle Reparaturprozesse. Franziska Giffey (Stellvertretung des Regierenden Bürgermeisters Berlins) und der NRW-Innenminister Reul fordern Geheimhaltung, aber das ist Schwachsinn und zeigt die politische Hilflosigkeit.
Wo sehen Sie aktuell die größten Schwächen?
In der politischen Rollenverteilung und im Krisenmanagement. Wenn ein Oberbürgermeister ankündigt, jetzt alle Energie in die Täterjagd zu stecken, dann hat er seine Aufgabe nicht verstanden. Strafverfolgung ist nicht seine Zuständigkeit. Seine Aufgabe ist es, den Krisenstab zu leiten, zu koordinieren und funktionsfähig zu halten. Davon hat man in Berlin viel zu wenig gesehen – auch kommunikativ. Statt Probleme zu lösen, wird mit populistischen Aussagen von der eigenen Überforderung abgelenkt.
Quelle: t-online

12. **Die Flaschensammler der Nation**
Ein finanziell geregeltes Leben kann schneller kippen, als man denkt.
Man begegnet ihnen überall: vor Supermärkten, an Bahnhöfen, in Parks, auf dem Weg zur Arbeit, manchmal direkt neben dem Café, in dem andere ihren Latte trinken. Menschen, die sich bücken, Beutel öffnen, Flaschen sortieren. Manche hastig, andere mit einer Routine, die verrät, dass sie das seit Jahren tun. Oft wortlos, oft mit gesenktem Blick. Flaschensammler sind längst Teil des Stadtbildes geworden, und genau das ist das Beunruhigende. Was früher auffiel, wird heute übersehen. Nicht, weil es seltener vorkäme, sondern weil es normal geworden ist.
Quelle: Manova
13. **Warum die Zerschlagung der öffentlichen Wärmeversorgung keine „Wärmewende“ ist: Kalte Privatisierung**
Für die 80 deutschen Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern wird es in diesem Jahr ernst. Im Sommer müssen die Großstädte ihre kommunalen Wärmeplanungen abgeschlossen haben. Dann greifen auch die Bestimmungen des umstrittenen Gebäudeenergiegesetzes, besser bekannt als „Heizungsgesetz“.
Wer in einem Gebiet lebt, für das in der Wärmeplanung kein zukünftiges Wärmenetz (zum Beispiel Fernwärme) vorgesehen ist, muss dann beim Heizungstausch auf erneuerbare Energien setzen, was in den meisten Fällen auf die Anschaffung einer Wärmepumpe hinausläuft. Der Umbau kann schnell Kosten im fünfstelligen Bereich verursachen. Das Argument, dass sich diese Ausgaben innerhalb einiger Jahre amortisieren können, überzeugt nur jene, die genug Geld auf der hohen Kante haben oder entsprechend kreditwürdig sind.
Quelle: unsere zeit
14. **Über Krankenhausreformen und warum Kliniken in Deutschland sterben**

Wer in einigen Jahren auf die Veränderungen im deutschen Krankenhaussystem zurückblickt, wird zweierlei feststellen können. Erstens: Es ist eine Verschlechterung der Gesundheitsversorgung für die Bürgerinnen und Bürger sowie eine Arbeitsverdichtung für die Beschäftigten organisiert worden, die mit einer Öffnung des Krankenhaussektors für Privatkonzerne und neuen Möglichkeiten zur Erzielung von Profit einhergeht. Zum Zweiten war eine Regierungsführung oder -beteiligung der SPD für relevante Schritte in diese Richtung notwendig, um diese gegen die objektiven Interessen der Bevölkerung durchzusetzen und Widerstand aus den Gewerkschaften möglichst klein zu halten.
Quelle: unsere zeit

15. **Der wahre Grund für Selbstmorde im Militär**
Wie bei jungen Amerikanern steigt auch die Selbstmordrate unter aktiven und ehemaligen Militärangehörigen weiter an. Meiner Ansicht nach ist es ein sicheres Zeichen dafür, dass in einer Gesellschaft etwas gewaltig schief läuft, wenn junge Menschen frühzeitig aus dem Leben scheiden. Ich glaube, dasselbe gilt für die Angehörigen des Militärs – jene, die ihr Leben der Verteidigung der Vereinigten Staaten widmen.
Es herrscht die allgemeine Annahme, dass Soldaten, die Selbstmord begehen, an einer posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS) leiden – also an den psychischen und emotionalen Problemen, die durch die Schrecken von Kampf und Krieg entstehen.
Das mag durchaus ein Faktor sein, aber ich glaube nicht, dass es der Hauptgrund ist. Ich vertrete seit Langem die Ansicht, dass der Hauptgrund für Selbstmorde von Soldaten und ehemaligen Soldaten Schuldgefühle sind – tiefsitzende Schuldgefühle aufgrund der Tötung anderer Menschen.
Die New York Times veröffentlichte kürzlich einen Artikel, der das Konzept der „moralischen Verletzung“ beschreibt, die Soldaten erleiden, die an der Tötung von Menschen beteiligt sind. Der Artikel entstand vor dem Hintergrund der jüngsten Tötung von mittlerweile über 100 Menschen durch das US-Militär auf hoher See vor der Küste Südamerikas.
Quelle: Antikrieg

16. **Weltweit zum ersten Mal mehr Fettleibige als Untergewichtige**
Betroffen sind vor allem Frauen und Männer mit niedrigem Einkommen und ihre Kinder. Sie sitzen zu viel und essen billigen Junkfood.
Jedes zehnte Kind im Alter von 5 bis 19 Jahren – 188 Millionen weltweit – leidet heute an Fettleibigkeit (BMI ≥30). Sie ist eine schwere Form von Übergewicht und führt zu einem höheren Risiko, Insulinresistenz und Bluthochdruck zu entwickeln, sowie zu lebensbedrohlichen Krankheiten im späteren Leben, darunter Typ-2-Diabetes, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und etliche Krebsarten.

Im Vergleich zum Jahr 2000 ist der Anteil der untergewichtigen, meist unterernährten Kinder und Jugendlichen weltweit von fast 13 auf 9,2 Prozent gesunken. Doch noch immer ist weltweit fast jedes zehnte Kind untergewichtig oder mangelernährt.
Quelle: Infosperber

17. **ICE-Agent erschießt Autofahrerin in Minneapolis**
Bei einer Razzia der US-Einwanderungsbehörde in Minneapolis wurde eine Frau erschossen. Einem Bericht zufolge soll es sich um eine Rechtsbeobachterin gehandelt haben.
Ein Agent der US-Einwanderungsbehörde ICE hat in Minneapolis eine Frau in ihrem Auto erschossen. Die 37-Jährige habe bei einer Razzia im US-Bundesstaat Minnesota versucht, Beamte der Behörde mit ihrem Fahrzeug zu rammen, sagte die Sprecherin des Heimatschutzministeriums, Tricia McLaughlin. Der demokratische Bürgermeister Jacob Frey bezeichnete ihre Darstellung in einer Pressekonferenz als “Bullshit”.
Quelle: Zeit Online